

Wir sehen in ihr in dieser Phase die einzige Kraft, die den Weg der Gesellschaft in die Demokratie bis zu den Wahlen gewährleisten kann. Es ist unsere politische Pflicht, in den kommenden Monaten als sich erneuernde Partei einen wesentlichen Beitrag in der aktuellen Auseinandersetzung um die Zukunft der DDR zu leisten. Wir wollen in vielstimmiger Weise unsere Position in die öffentliche Debatte einbringen, daß die zwei deutschen Staaten in eine Vertragsgemeinschaft hineinwachsen könnten, ohne durch voreilige und unüberlegte Handlungen die europäische Stabilität zu gefährden und Anlaß für Ängste unter den Völkern des Kontinents zu geben.

Eine Vereinigung beider deutscher Staaten, das wäre die von keinem Politiker zu verantwortende Entscheidung, die DDR in ein unterentwickeltes Bundesland mit ungewisser sozialer Zukunft für seine Bürger zu verwandeln, das heißt sie zum Armenhaus der BRD zu machen. Es wäre die unwürdige Verabschiedung von einem Land, das trotz alledem den geachteten Namen Deutsche Demokratische Republik trägt. *(Beifall)*

Die Bürger der DDR haben nicht umsonst gelebt. Sie haben immer mit Fleiß gearbeitet, mit Zorn, aber auch, vergessen wir das nicht, auch mit Stolz gelebt. Sie haben aus eigener Kraft ihre Selbstbestimmung errungen, und wir dürfen sie nicht aufs Spiel setzen. Sie haben sich mit ihrer friedlichen, demokratischen Volksbewegung selbst die einmalige Möglichkeit eröffnet, nunmehr tatsächlich eine humanistische soziale Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu schaffen und so den demokratischen Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten zu stimulieren. Diese historische Chance sollte niemand aus Parteiegoismus leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir bekennen uns zur Deutschen Demokratischen Republik. *(Beifall)*

Die Partei muß unmittelbar nach dem Parteitag in einer konzentrierten Aktion die Basis formieren. Das ist notwendig, bevor Wahlen zu den Vorständen stattfinden. An der Basis sollte entschieden werden, in welchen Grundorganisationen sich die Mitglieder organisieren wollen. Unmittelbar nach dem Parteitag werden die Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes in Grundorganisationen von Betrieben und Genossenschaften gehen, sich mit Parteifunktionären und mit anderen Mitgliedern sowie Parteilosern beraten. Zweifellos wird jeder Parteitagsdelegierte es als seine Pflicht ansehen, mit der Auswertung des Parteitages die Formierung von Grundorganisationen mit in die Hand zu nehmen.

Aus den Abteilungen des Parteivorstandes, der Bezirks- und Kreisvorstände sollen Instrukteurbrigaden gebildet werden, die Grundorganisationen in den Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen, in Städten und Gemeinden aufsuchen. Dort, wo die Vorstände in Grundorganisationen intakt und anerkannt sind, ist mit ihnen zu beraten, wie sie zur Konsolidierung der Partei arbeiten wollen. Dort, wo die Leitungsstrukturen an der Basis nicht mehr funktionieren oder Grundorganisationen nicht mehr bestehen, sollten die eingesetzten Instrukteure in Zusammenarbeit mit Genossen, die dazu bereit sind, versuchen, neue Basisseinheiten zu schaffen. Der Einsatz der Instrukteure sollte durch die Kreisleitun-